



An den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Friedrich Merz
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

Berlin, 04.09.2025

Keine Gefährdung der europäischen und deutschen Klimaziele – Deutschland muss führen, nicht blockieren

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit großer Sorge verfolgen wir die Berichte, nach denen die Bundesregierung die französische Forderung unterstützen könnte, die Entscheidung über das EU-Klimaziel für 2040 im Umweltrat zu verzögern und stattdessen den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs damit zu befassen. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat einen unverantwortlichen Versuch gestartet, die europäischen Klimaziele abzuschwächen. Gerade im zehnten Jubiläumsjahr des Pariser Klimaabkommens würde somit der globale Klimaschutz ausgehöhlt - und das ausgerechnet aus Paris! Dies ist umso unverständlicher, da der internationale Gerichtshof das Recht auf und die Pflicht zum Klimaschutz gerade erst erneut bestätigt hat. Wer diesen Kurs mitträgt, reiht sich faktisch in eine Allianz mit den Blockierern Europas ein. Deutschland darf diesen Weg nicht gehen. Im Gegenteil: Als größte Volkswirtschaft der EU muss Deutschland den Kurs der Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit sichern. Wir appellieren an Sie: **Verhindern Sie diese Verzögerung und sorgen Sie dafür, dass das 2040-Klimaziel von mindestens 90 Prozent sowie der EU-Klimabeitrag (NDC) wie geplant am 18. September im EU-Umweltrat beschlossen werden und letzterer damit rechtzeitig bei der UN eingereicht werden kann.**

Einigt sich die EU im September nicht auf ein 2040-Ziel und ein daraus abgeleitetes EU-NDC, droht sie mit einem viel zu schwachen Beitrag oder gar mit leeren Händen dazustehen und damit Europas Glaubwürdigkeit auf der Weltbühne kurz vor der Klimakonferenz in Brasilien massiv zu beschädigen. Für den Erfolg des seit Paris wichtigsten Klimagipfels wäre das eine nicht zu unterschätzende Hypothek. Und dies würde das Risiko erhöhen, dass am Ende ein viel zu schwaches EU-Klimaziel für 2040 beschlossen wird – mit gravierenden Folgen für Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität in Europa. Gerade für Deutschland wäre eine Unterstützung des französischen Vorstoßes widersinnig. Unser nationales Ziel der Klimaneutralität bis 2045 passt exakt zu einem europäischen Minus von 90 Prozent bis 2040. Dieses Ziel ist längst Regierungspolitik – im Koalitionsvertrag vereinbart und mit dem Sondervermögen im Grundgesetz verankert. Würde Deutschland sich jetzt für eine Abschwächung der europäischen Ziele einsetzen, würden wir national einen Sonderweg gehen müssen, der die deutsche Industrie vor Wettbewerbsnachteile stellt. Der Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft ist längst im Gange, Unternehmen, Investoren und Bevölkerung brauchen jetzt endlich langfristige Planungssicherheit statt Verunsicherung. Ambitionierte Klimapolitik ist längst ein Standortvorteil – sie fördert Innovation, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, **jetzt entscheidet sich, ob Deutschland Verantwortung übernimmt** – oder ob Ihre Regierung die Aushöhlung des europäischen und deutschen Klimaziels zulässt. Wir fordern Sie nachdrücklich auf: **Verhindern Sie diese Verzögerung des Klimaschutzes!** Sorgen Sie dafür, dass das EU-2040-Klimaziel von minus 90 Prozent sowie der EU-Klimabeitrag (NDC) am 18. September im Umwelttrat beschlossen wird. Alles andere würde nicht nur den internationalen Klimaschutz gefährden, sondern auch Deutschlands eigene Zukunftsfähigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Bandt, Vorsitzender, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Christoph Bautz, Geschäftsführender Vorstand, Campact e.V.

Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, Deutscher Naturschutzring e.V.

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer, Deutsche Umwelthilfe e.V.

Carolin Schenuit, Geschäftsführende Vorständin, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer, Germanwatch e.V.

Martin Kaiser, Geschäftsführender Vorstand, Greenpeace Deutschland

Dr. Christiane Aeverbeck, Geschäftsführende Vorständin, Klima-Allianz Deutschland e.V.

Jörg-Andreas Krüger, Präsident, Naturschutzbund Deutschland e.V.

Heike Vesper, Vorständin Transformation Politik und Wirtschaft, WWF Deutschland